

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erstmal
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.20
monatlich 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten
und Bots in Orts- u. Nach-
barortverkehr viertelj. M. 1.
ausserhalb desselben M. 1.
hieszu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Verkundigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meißtern,
Enzklösterle u.
mit
amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Anwärter 10 Pfg. die klein-
ste Spalte 2 Zeilen.
Reklamen 15 Pfg. die
Petitzelle.
Bei Wiederholungen concess.
Rabat.
Abonnement
nach Uebereinkunft
Telegraphen-Adresse:
Schwarzwald er Wildbad.

Die Reichsfinanzen im Jahre 1906.

Beim Reichstag waren 1430 000 Mark mehr erforderlich. Für das Auswärtige Amt (einschließlich Kolonialverwaltung) ergab sich eine Mehrausgabe von 566 000 M., für das Reichsamt des Innern eine Minderausgabe von 1 943 000 M. Für das Reichs-Heer stellte sich das Gesamtergebnis gegen den Etat um 2 579 000 M. ungünstiger. Bei der Marineverwaltung schlossen die fortdauernden Ausgaben mit 1 491 000 M., die einmaligen mit 452 000 M. Mehraufwand. Bei den Fonds des Reichschatzamts bezifferten sich die Minderausgaben auf 22 180 000 M. Die Verwaltung der Verzinsung der Reichsschuld schloß mit einer Mehrausgabe von 5 116 000 M. Beim Reichsinvalidenfonds entstanden insgesamt 1 310 000 M. Mehrausgaben. Bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung bleiben die Ausgaben hinter dem Etat um 11 296 000 M. zurück. Die Einnahmen an Verbrauchsabgaben für Branntwein sowie von der Maischbottich- und Branntweinsteuer, deren Reinertrag an die einzelnen Bundesstaaten zu überweisen ist, betragen 3 555 000 M. hinter dem Etatsvoranschlag zurück. Dagegen haben die Reichsstempelabgaben für Wertpapiere insgesamt 5 500 000 M. mehr gebracht, so daß an Ueberweisungsteuern insgesamt 1 945 000 M. ausgekommen sind. Von den dem Reich zustehenden Steuern brachten mehr die Zigarettensteuer 2 687 000 M., die Zudersteuer 8 404 000 M., die Salzsteuer 1 774 000 M., die Schammweinsteuer 474 000 M., die Brausteuer 10 844 000 M., der Spielkartenstempel 71 000 M., die Beschäftigtensteuer 2 407 000 M., der Frachtkundenstempel 114 000 M., die staatlichen Gebühren 145 000 M. Gegen den Voranschlag zurückgeblieben sind die Zölle um 3 654 000 M., die Tabaksteuer um 900 000 M., die Reichsstempelabgaben für Personalfahrten um M. 12 437 000, für Erlaubnisfahrten für Kraftwagen um M. 816 000, für Vergütungen an Mitglieder der Aufsichtsräte um 4 598 000 M., sowie die Erbschaftsteuer um 3 800 000 M. Von den Betriebsverwaltungen hat nur die Reichseisenbahnverwaltung ein Mehr in Höhe von 4 428 000 M. abgeliefert. Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung ist um 6 188 000 M. und die Reichsdruckerei um 9 400 M. hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Die Einnahmen aus dem Bankwesen stellen

sich gegen den Etat um 13 514 000 M. höher. Die verschiedenen Verwaltungseinnahmen sind um 4 908 000 M. über das Etats-Soll hinausgegangen. An ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reich zustehen, sind hiernach insgesamt 15 953 000 M. mehr aufgefunden. Da der Ausgabenbedarf um 11 286 000 M. hinter dem Voranschlag zurückbleibt, so ergibt sich für das Rechnungsjahr 1906 ein Mehrertrag gegen den Etat von 27 229 000 M. Dieses Resultat stellt sich etwas günstiger dar, als der Voranschlag vermuten ließ. Der Mehrertrag rührt daher, daß einmal die dem Reich verbleibenden Einnahmen aus Zöllen, Steuern, sowie der Betriebsverwaltungen usw. beinahe 16 Millionen Mark mehr erbracht haben, als der Etat angenommen hatte, und daß zweitens bei den Zuschüssen erziehenden Verwaltungen die Mehrausgaben hinter den Minderausgaben um 11 1/4 Millionen Mark zurückgeblieben sind. Diese letztere Summe ist bisher noch nicht bekannt gewesen. Daher war es auch nicht möglich, sich ein vollständiges Bild von dem wirklichen Ergebnis des Rechnungsjahres 1906 zu machen. Der Mehrertrag von 27,23 Millionen verbleibt aber dem Reich keineswegs. Vielmehr kommt er nach den Bestimmungen der sogenannten Reichsfinanzreform später den Bundesstaaten zugute, indem er auf die Matrifularbeiträge abgerechnet wird. Außerdem vermindern sich aber sofort die Matrifularbeiträge um die Summe von 1,94 Millionen Mark, d. h. um den Betrag, um den die Ueberweisungsteuern (Branntwein- und Stempelsteuer) den Etatsanschlag übertroffen haben. Die genannte Summe ist nur deshalb so gering, weil die ganz irrationalen Bestimmungen der Maischbottichsteuer diese Steuer immer ertragsunfähiger machten. So kommt es, daß dem Mehr von 5,5 Millionen Mark gegen den Etatsanschlag bei Reichsstempelabgaben ein Weniger von 3,55 Millionen bei den Branntweinsteuern gegenübersteht. Im laufenden Finanzjahr und zwar in der Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1907 hat die Maischbottichsteuer sogar ein Minus von 2,39 Millionen ergeben, und wenn auch darauf gerechnet werden kann, daß dieses Minus — ein vollständiges Konjens bei einer Steuer — später in ein Plus verwandelt wird, so wird die tatsächliche Einnahme doch wahrscheinlich geringfügig sein und den im Etat angelegten Betrag von 14,55 Millionen Mark kaum erreichen. Es ist wahrhaftig die höchste Zeit, daß die Maisch-raumsteuer reformiert wird, ganz unabhängig von der später einmal zu erwartenden allgemeinen und umfassenden Reform des gesamten Reichsfinanzwesens.

Rundschau.

Raumanns Ende!

Raumann ist tot, mausetot. So siehts wieder einmal in den Zentrumsblättern zu lesen und sozialdemokratische Blätter druckens eifrig nach. Natürlich aus reiner Teilnahme für Raumann und für den Freisinn. Wir wissen im Augenblick nicht genau, wie oft schon Raumann als Leiche durch die Spalten der Zentrumsblätter gezogen wurde, ein dutzendmal wird es wohl schon gewesen sein, trotzdem lebt er noch, befindet sich sogar recht wohl und munter und gedenkt noch lange mit den Freisinnigen Politik zu machen. Das alte schwäbische Sprichwort, daß Leute, die man totsagt, noch recht lange zu leben pflegen, dürfte auch auf Raumann zutreffen. Aber Raumann muß jetzt tot sein, weil das erstens für das Zentrum sehr angenehm ist und zweitens weils dem Freisinn schadet. Also Raumann ist nach Ansicht der Köln. Volkszeitg. ein toter Mann, weil er auf eine Anzuspung der Gegner im Berl. Tagblatt geschrieben hat, die Meinungsverschiedenheiten in den Freisinnigen Parteien über die preuß. Wahlrechtsfrage seien lediglich taktischer Natur. Er schrieb: „Es werden folgende Fragen aufgeworfen: Ob es jetzt gerade richtig und angebracht ist, die Frage des preussischen Landtagswahlrechts obligatorisch zu behandeln oder ob es richtiger ist, sie vorläufig mehr zurückzustellen, bis andere Dinge erledigt sind, beispielsweise für den Reichstag angekündigten Vorlagen über ein Reichsvereinsgesetz, Börsenreform und vielleicht auch die Reichsfinanzfragen. Ob nicht durch eine öffentliche Behandlung der Wahlrechtsfrage die Politik der Paarung gestört und dadurch das Zentrum wieder in seine frühere Macht eingesezt würde. Man solle, so heißt es, auf die Konserwativen mehr Rücksicht nehmen. Daß derartige taktische Fragen erörtert werden, ist ganz in der Ordnung, und es würde ein Zeichen von politischer Interesselosigkeit sein, wenn sie nicht erörtert würden. Ueberall, wo jetzt Liberale zusammenkommen, wird naturgemäß die Lage des Liberalismus im ganzen besprochen, und es kann nicht ausbleiben, daß dabei verschiedene Meinungen zutage treten. In keiner Partei vollziehen sich folgenschwere Entschlüsse ohne Meinungsverschiedenheiten. Daraus auf innere Zwistigkeiten schließen zu wollen, ist völlig falsch.“ — Diese Auslassung gibt zentrumlichen und sozialdemokratischen Blättern Veranlassung, von „Raumanns Ende“ und von „freisinniger Parteiverlotterung“ und dergleichen hübschen Dingen zu reden, obwohl noch

Die blaue Dame.

Kriminalroman von Auguste Groner.
(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Sie waren ihrer zeitlichen Reihenfolge nach geordnet. Der letzte interessierte den Detektiv am meisten. Er war einer der mit Bleistift geschriebenen Briefe, trug keine Orts- und Zeitangabe und lautete: „Süße Maus! Also Du kommst. Endlich! Bin neugierig, was Du mir anzukündigen hast! Warum nur denn das gerade in Lins gesehen? Ich glaubte, Du siehst bei Deinem Bruder. Aber natürlich komme ich, wohin Du mich ruffst und wäre es bis ans Ende der Welt. Was liegt denn auch mir an einer Fahrt von ein paar Stunden, wenn ich dann ein paar Tage bei Dir sein kann. Höchstens mein Zustand könnte mir einen Strich durch die Rechnung machen. Aber es wird — es muß gehen und so sage ich Dir, daß Du am Dritten in die Arme schliefen wirst, Deinen Dich jetzt schon tausendmal grüßenden Goldenen.“ „Goldener“, ein ziemlich geschmackloses Liebeswort, dachte Müller, während er das Briefchen zusammenlegte. Diese Unterschrift wiederholte sich in allen sieben Briefen. „Also am Dritten ist sie mit diesem Goldenen zusammengetroffen“, sagte Müller leise vor sich hin, „natürlich am dritten Mai dieses Jahres. Die Briefe liegen ja gut geordnet und der vorletzte von ihnen ist am 19. April geschrieben worden. Damals“, reflektierte Müller weiter, „ist Elise Lehmann höchst wahrscheinlich schon des Barons Braut gewesen, denn am 1. Mai hat er ja schon diese Wohnung für sie aufgenommen und jedenfalls hat sie am 5. Mai Abschied von ihrem „Goldenen“ genommen und dieser Weidenstrauch war vermutlich seine letzte Liebesgabe.“ — Es gibt also einen, dem diese Heirat gewiß nicht genehm war. Nun — nach diesem einen werde ich wahrscheinlich suchen müssen, denn es scheint hier wirklich nicht alles mit einem „Selbstmord“ zu stimmen.“ Müller erhob sich langsam. Die sieben, so abgeordnet und so heimlich aufbewahrten Briefe legte er nicht

wieder in die Kassette zurück, er verschloß sie in seine Brieftasche. Die Kassette stellte er wieder in den Schrank, dessen nächste Tür er nun öffnete. Es war dies eine breite Doppeltür, hinter welcher eine recht reichliche Garderobe verschlossen gewesen war. Ein paar auffallende Schlafroße fielen dem Detektiv zuerst in die Augen. Dann hatte er Ursache sich darüber zu wundern, daß die nun Verstorbene gar so viel Lichtblaues getragen hatte. „Sie muß einen blaffen, sehr klaren Teint gehabt haben“, dachte er, „sonst hätte sie, die Brünnette, nicht dieses helle Blau favorisiert.“ Er zählte danach richtig nicht weniger als vier blaue Strahlenstoffe und zwei blaue Abendtoiletten, davon die eine mit weißem Schwan, die andere mit allgoldfarbenen Spitzen besetzt war. Als er das letzterwähnte Kleid ohne besondere Mühe entfaltete, fühlte er, daß an dessen Saum Strahlenförmigkeit haftete. „Ein famosjes Stubenmädchen muß sie gehabt haben. Diese hat ja das Kleid auch gar so liebedürftig heringehängt“, dachte er spöttisch lächelnd und ließ den erfarbenen Saum des Kleides fallen. In der dritten Abteilung des Schranke befanden sich ebenfalls allerlei Toilettesachen, darunter auch eine große, mit Handschuhen gefüllte Schachtel. Müller überzeugte sich rasch, daß der eine fehlende weiße Handschuh nicht darunter war. Im vierten Teile des Kastens waren mehrere Kartons enthalten. Es war Theatergarderobe darin aufbewahrt, die fünfte und letzte Abteilung enthielt Mämel und Jacken. Ganz vorn hing, recht unordentlich, ein langer, schwarzer, weiter Mantel. Er war aus feinem, glänzendem Tuch gefertigt, reich mit Spitzen gepußt und hatte keine Arme. Auch er mußte in Eile hineingehängt worden sein. Ein gutes Stück einer feiner Eden war umgeschlagen und das blaßgraue Seidenfutter größtenteils sichtbar. „Den dürfte sie angehabt haben“, dachte Müller, und dann: „merkwürdig, daß sie ihn überhaupt heringehängt hat, da sie doch alles andere frei umherliegen ließ.“

Er untersuchte währenddessen den Mantel, aber dieser besaß keine Tasche. Der fehlende Handschuh konnte sich also nicht in einer solchen befinden. Müller schloß den Schrank, verließ auch die beiden Zimmer, verperrte auch diese und besah sich danach die anderen Räume, welche die Verstorbene benützt hatte. Aber da fand er gar nichts, was er mit dem tragischen Geschehnis jener Nacht irgendwie in Verbindung hätte bringen können. Er begab sich alsdann ins Erdgeschloß, betrachtete sich die Halle, drehte den Wasserleitungsbahn fester zu, weil ihn das Tröpfeln aus dem Rohre lästig wurde, sah nahe der flussabwärtsgelegenen Haustür, einen großen Schlüssel an einem Haken hängen und in ihr selber einen Schlüssel stecken, tat einen Blick in den Garten und über diesen hinweg, durch das Gitter einen Blick auf den Weg und den Fluß hinaus und suchte sich dann die Wohnung der Hausmeisterin. Diese zu finden war nicht schwierig, denn Frau Deislers charakteristische Stimme redete soeben laut zu jemanden. „Aber als Müller in die Küche der Alten trat, fand er diese allein. „Mit wem haben Sie denn gesprochen?“ fragte er. „Mit mir selber“, antwortete sie ein bißchen verlegen. „Sie müssen nämlich wissen, daß ich viel allein bin, da gewöhnt man sich so etwas leicht an.“ Er nickte ihr zu und betrat dann das Zimmer, dessen Tür sie ihm artig öffnete. „Jetzt brauchen Sie mich wahrscheinlich“, jagte sie, und er darauf freundlich: „Ja, jetzt brauche ich Sie.“ Sie rückte ihm einen Sessel zum Fenster und setzte sich auf dem, vor ihrem Rüstischen befindlichen Stuhl. „So“, begann er, „jetzt erzählen Sie mir, was Sie über den Fall wissen.“ „Also die Zwei gehen fort“, fängt die Deisler an. „Wer war die zweite?“ „Die Toni, die Kammerjungfer.“ „Bitte, weiter.“

Fortsetzung folgt.

Niemand weiß, wie die freisinnigen Parteien diese taktischen Fragen entscheiden. Und darauf kommt es doch wohl an. Daß Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung einer Frage bestehen, ist etwas ganz natürliches, sie werden überall vorhanden sein, wo selbständig denkende Menschen zusammenfinden und keine Verdientere. Daß im Zentrum sehr häufig Meinungsverschiedenheiten herrschen, weiß man ganz genau, nur sind die Zentrumsleute so schlau und stellen diese Meinungsverschiedenheiten nicht selbst öffentlich fest. Aber es kommt, wie gesagt, gar nicht auf die Meinungsverschiedenheiten an, sondern auf die Entscheidung, und diese, hoffen wir, fällt so aus, daß die gesamte Linke in Preußen die Wahlrechtsfrage an die erste Stelle setzt. Auf den Ausfall der nächsten Wahlen kommt es dann an, ob die Regierung in der Wahlrechtsfrage Zugeständnisse zu machen gezwungen ist. Daß in dieser Frage Liberale und Konservative sich bekämpfen werden, ist klar, das wird aber bei jeder wichtigeren liberalen Frage der Fall sein und es wird wohl keinen wirklich freisinnigen geben, der der Ansicht ist, daß man den Konservativen zu liebe auf alle liberalen Forderungen in der Zukunft zu verzichten habe. Das wäre freilich des Freisinnigen Ende, soweit ist es aber noch nicht und soweit wird es auch nicht kommen — trotz der freundlichen Wünsche der Gegner.

Bülow und die Parlamentarier. Nachdem von der nationalliberalen und den freisinnigen Parteien schon eine ganze Reihe hervorragender Parlamentarier von Bülow nach Norderny eingeladen worden sind, hat sich über den Sonntag auch der Führer der deutschen Volkspartei Payer dort eingefunden u. mit dem Reichskanzler eine Besprechung gehabt. Diese fortgesetzten Besuche lassen erkennen, daß es sich um planmäßige Besprechungen über die parlamentarische Situation und die nächsten Aufgaben des Reichstags und Landtags handelt. Es scheint — so schreibt der Berliner Korrespondent der Fr. Ztg. seinem Blatt — daß der Entwurf eines Reichsgesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht fertig ist, ebenso der Börsengesetzentwurf. Die Forderungen, die die Marinewerwaltung im Herbst stellt, sind seit einiger Zeit nicht nur Herrn Spahn, sondern auch anderen führenden Parlamentariern bekannt, und die Reform des preussischen Landtagswahlrechts bildet sicher auch einen Gegenstand der Unterhaltungen. Es scheint übrigens, daß solche vorbereitenden Besprechungen für die nächste parlamentarische Kampagne nicht nur in Norderny, sondern über einzelne dieser Aufgaben jetzt schon in Berlin zwischen Parlamentariern und den zur Zeit hier anwesenden Ministern oder wenigstens dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Herrn v. Bethmann-Hollweg, geführt werden. Die Vorbereitungen beginnen in diesem Jahre nicht nur früher als sonst, sondern im Hinblick auf die schwierigen Aufgaben der sogenannten Blockpolitik mit besonderer Sorgfalt.

Die Konkurrenzklausel. Der Verbandstag der deutschen Handlungsgehilfen in Leipzig hat ein gesetzliches Verbot der Konkurrenzklausel im kaufmännischen Dienstvertrage gefordert, weil die gegenwärtig bestehende Freiheit solche Beschränkungen der Erwerbstätigkeit zu vereinbaren, zu Mißständen geführt hat.

Auf die widersinnige Anwendung der Konkurrenzklausel der kaufmännischen Angestellten ist schon öfters hingewiesen worden. In einer Reihe von Fällen führte sie dahin, daß sich die Arbeitgeber ihr Personal gegenständig absperrten, eine Ausartung, die Lohnrücklagen und ähnlichen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen Tür und Tor öffnet. Es ist wiederholt vorgekommen, daß die Klausel, die doch nur den Zweck haben soll, den betreffenden Arbeitgeber vor Verrat wichtiger Geschäftsgeheimnisse zu schützen, auf Angestellte angewendet worden ist, die mit der eigentlichen Geschäftsführung gar nicht in Berührung kamen. So bildet die Klausel in ihrer jetzigen Gestalt wenig anderes als ein Hemmnis im Vorwärtstommen für den einzelnen. Seit Jahren verlangen daher auch alle kaufmännischen Organisationen auf ihren Kongressen die Abschaffung oder doch Einschränkung der Klausel, und, wie es scheint, werden ihre Bemühungen jetzt von Erfolg begleitet sein. Zunächst hat der Staatssekretär des Reichsjustizamts von den Bundesregierungen eine Meinungsäußerung über die Wirkung der Konkurrenzklausel eingefordert, da eine Abänderung der diesbezüglichen Bestimmungen beabsichtigt werde. Ferner hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe eine ähnliche Kundfrage an die Handelskammern und Kaufmannsgerichte erlassen. Die Kaufmannsgerichte von Frankfurt a. M. und München haben bereits positive Vorschläge für eine Neuregelung gemacht, nach welchen die Klausel erst wirksam sein soll, wenn der betreffende Angestellte bei Beendigung des Dienstverhältnisses ein Einkommen von mehr als 3000 Mark bezieht. Die in der Klausel vereinbarte Zeit soll nicht mehr als ein Jahr betragen, die vereinbarte Konventionstrafe die Höhe des halben Jahreseinkommens nicht überschreiten. Bei Verletzungen soll die Klausel in jedem Falle ausgeschlossen sein. Dem Prinzipal soll ein Anspruch aus der Klausel nur zustehen, wenn ihm aus ihrer Verletzung irgend ein nachweisbarer Schaden entstanden ist.

Diese Vorschläge dürften im großen und ganzen das richtige treffen. Werden sie angenommen, so wird ein Mißbrauch, wie er bisher getrieben wurde, unmöglich sein und der Geschäftsinhaber wird doch des Schutzes nicht entbehren, auf den er für seine Geschäftsgeheimnisse Anspruch hat. Bei der Regelung der strittigen Frage ist es jedenfalls zu begrüßen, daß die Regierung sich um Auskunft an die berufenen Vertretungen des Handelsstandes wendet.

Aus dem dunkelsten Preußen. Im Anschluß an die Vorgänge im Greifswalder Mädchenheim hat der Leiter des „Tageblatts für Vorpommern“, Dr. Koch-Hesse, unter Führung des Pastors Jahn der Anstalt einen Besuch abgestattet; in einem langen Bericht schildert er die gewonnenen Eindrücke, die nicht geeignet sind, die Einrichtungen der Anstalt als nachahmenswert erscheinen zu lassen. Schlaflose usw. sind zwar in vorzüglicher Verfassung; aber Isolierzellen und Strafzellen geben

dem Ganzen ein eigentümliches Gepräge. „An einem Gang hinter dem Schlafsaal befinden sich zwei Einzelzellen. Die eine ist stark vergittert und als Strafzelle gedacht. Jetzt dient sie abwechselnd als Strafzelle oder als Isolierzelle, je nachdem sie mit einer Pritsche oder mit einer Bettstelle ausgestattet ist. Isolierzellen gibt es bei vollbesetztem Hause je eine auf 12 Mädchen.“

Im Souterrain, einige Stufen unter der Erde, befindet sich noch eine zweite Strafzelle, die nur als Loch dient und auch wirklich ein ziemliches Loch ist. Hier besteht die Möblierung nur in zweierlei, nämlich Klosett und in Pritsche. Die Pritsche wird aus einem erheblich schräg gestellten Brett gebildet. Das eingesperrte Mädchen erhält ein Kopfkissen und im Sommer eine, im Winter zwei Decken. Ausziehen tut sich des Nachts, wie die Oberschwester mitteilte, das eingesperrte Mädchen während ihrer Strafzeit nicht. Das Lager würde einem Mädchen in der Nachtjude wohl auch zu hart oder zu kalt sein. Waschwasser erhält das Mädchen ebenfalls während ihrer Strafzeit nicht. Solche Zellenhaft wird unter Umständen bis zu vier Wochen hintereinander verhängt. So hatte z. B. jenes Mädchen, über das dann als weitere Strafe das Abschneiden der Haare verhängt war, vorher vier Wochen Zellenhaft durchgemacht. Allerdings kommen die Mädchen, etwa nach Ablauf einer Woche in die vergitterte der beiden oben erwähnten Zellen im Parterre oder ersten Stockwerk. Aber da diese dann auch mittelst Erziehung des übrigen „Möblements“ durch eine Pritsche aus einer Isolierzelle in eine Strafzelle umgewandelt wird, so wird durch die Umquartierung der Gefangenen lediglich erreicht, daß Luft und Licht etwas reichlicher werden. Waschwasser und Kleiderwechsel bleiben verbotene Genüsse.

In der Kirche stehen an einer Seite Schulbänke vor einer Tafel mit Noten; hier wird Sonntags mit Hilfe des Kantors Unterricht im Chor singen erteilt. Anderen theoretischen Unterricht erhalten die Mädchen nicht. Herr Dr. Koch-Hesse warnt übrigens davor, alle Inhaftungen des Heims auf eine Stufe zu stellen;

Durchaus nicht alle Mädchen kommen durch eigene Schuld ins Mädchenheim. Die großen Pastoren-Enquêtes über die sittlichen Verhältnisse auf dem Lande haben für die verschiedensten Gegenden in Deutschland immer aufs Neue dargetan, daß die Hauptursache für die außerordentliche Seitenheit erwachsener Jungfräulichkeit auf dem Lande durchaus nicht bei der weiblichen Landbevölkerung, ja überhaupt nicht beim Gefinde zu suchen ist, sondern viel mehr bei Gutsjähren, Inspektoren und ähnlichen Kraftgehaltnen. Wird nun z. B. auf diese Weise ein 14jähriges Mädchen geschwängert, so bringt sie der Gendarm ins Mädchenheim. Der Herr Pastor selbst erzählte mir sogar einen noch krasserem Fall, bei dem das Mädchen selbst wahrscheinlich ganz unschuldig war. Die menschliche Gesellschaft mit ihrer Wohnungsnot, ihrer Gesindeknechtschaft und anderen Unzulänglichkeiten hat sich schwer an diesen Kindern veründigt. Wer gibt ihr das Recht, sie in einer Anstalt einzusperren, die auch bei größter Humanität des Leiters und der Schwestern nichts als eine Freiheitsberaubung ganz großen Stiles ist??

Wenn die Inhaftungen des Mädchenheims werden, wie auch der bereits im ersten Artikel erwähnte Prozeß dargetan hat, von den Richtern als „Gefangene“ angesehen. Es ergibt sich also die Tatsache, daß nach den geltenden Vorschriften oder der augenblicklichen Rechtsprechung unter Umständen unschuldige, sittlich und körperlich mangelnde Mädchen auf Jahre hinaus zu „Gefangenen“ gemacht werden können. Ueber die Handhabung der körperlichen Züchtigung wird folgendes mitgeteilt: Die Mädchen werden vom Pastor über einen Tisch gebeugt; mit der einen Hand hält er einen Meter langen, kräftigen Stock und schlägt den jungen Mädchen damit etwa fünf bis zehnmal auf den oberen Teil des Rückens nahe den Schultern. Die Oberschwester soll bei diesen Exerzitien zugegen sein. Auch die Schwestern üben das Recht der körperlichen Züchtigung, allerdings nicht mit dem Stock, sondern durch Ohrfeigen.

Aus Marokko liegen folgende Meldungen vor: Aus Tanger meldet Reuter, Muley Hafid habe sich der im Zollamt von Mazagan lagernden 1700 000 Patronen bemächtigt. Nach einer anderen Meldung hat sich Muley Hafid schriftlich bereit erklärt, die in Mazagan lagernden Waffen und Munitionsvorräte in Marakesch zu behalten, also nicht an die Frankreich bekämpfenden Stämme abzuliefern. Unter dieser Bedingung willigten die französischen Autoritäten in die Ausfolge der Waffen und Munition an den Gesandten Muley Hafids. — Eine erfreuliche Nachricht kommt aus Casablanca. Mehrere Stämme baten um Einstellung der Feindseligkeiten, um in Friedensverhandlungen einzutreten. General Druze gab ihnen bis zum 8. September Zeit, sich zu ergeben. Man glaubt, der einzige Zweck der Bitte sei, Zeit zu gewinnen. — Mohamed Tah, der Bruder des Finanzministers, wurde von Abd el Aziz nach Tanger gesandt; er soll die Mächte um militärische Unterstützung gegen Muley Hafid bitten und ist zu den weitgehendsten Zugeständnissen bevollmächtigt. — Ein einflußreicher Raïd in der Nähe von Fez bot Muley Hafid 1000 Reiter an, um den Marsch nach Rabat, Mekinez und Fez zu ermöglichen. Abd el Aziz entsandte den Scherif Wasan zu dem Raïd, um ihn umzustimmen.

Tages-Chronik.

Frankfurt M., 8. September. In einem Artikel der Fr. Zt. versucht Alsted G. Fried den Nachweis, daß der Kaiser und der Papst im Jahre 1893 sich tatsächlich über die Abrüstungsfrage unterhalten haben, wobei der Kaiser eine europäische Friedenskonferenz anregte. (Den Brief Crispis, der die Unterlage zu der Meldung bildete, haben wir vor einigen Tagen veröffentlicht.)

Vörrach, 7. Sept. Die Beerdigung Markus Pflügers geschaltete sich zu einer imposanten Trauerkundgebung. Nach ei er ergreifenden Grabrede sprachen Abg. Fröhner für die Freisinnigen Badens, Abg. Heimburger für die Demokraten, R. A. Bortisch für den Freisinnigen Verein in Vörrach, Kammler-Randern für die sozialdemokratische Fraktion des Landtags. Vertreter der Stadt, der Kreisvereine, der Banken und der Vereine legten Kränze am Grabe nieder.

Brachath, 9. Sept. Gelegentlich einer deutschen und einer sächsischen Volksversammlung kam es gestern zu Außerordnungen, bei denen 4 Personen verletzt wurden. Die Gen. darmerie, unterstützt von Militär, stellte die Ruhe wieder her und hielt den Ringplatz bis abends besetzt.

Venedig, 9. Sept. Graf Ramarowski, auf den am 4. ds. M. ein Mordanschlag verübt wurde, ist gestern gestorben.

Paris, 9. Sept. In einer Auslassung über den Stuttgarter Kongreß kritisiert Jaurès den Antimilitarismus Herolds. Er sei unvereinbar mit der Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Völker. Jaurès fordert die französischen Sozialisten auf, sich zu organisieren und nach den in Stuttgart aufgestellten Grundrissen zu handeln.

London, 7. September. Nach einer Neutermeldung aus Kanton sind im Orte Fingestung (Distrikt Juenschow) Unruhen ausgebrochen, bei denen ein Beamter mit seiner Familie ermordet wurde. Die Amtgebäude sind zerstört. Von Kanton ist ein Brigadegeneral mit vier Regimentern nach dem genannten Ort abgegangen.

Odeffa, 7. September. Der Artelshil einer Fabrik, der 3600 Rubel von der Reichsbank bei sich hatte, wurde in der Proforovstraße von acht Anarchisten überfallen und des Geldes beraubt. Als Schutzleute die Täter verfolgten, warfen diese eine Bombe durch deren Explosion ein verübender Schüler und einer der Räuber verwundet wurden. Letzteren nahm die Polizei fest. Seine Gehilfen sind entkommen.

Konstantinopel, 9. Sept. In Metelie sind 2 neue Pestfälle vorgekommen. Kein Schiff läuft den Hafen an.

Tanger, 9. Sept. Raisuli überhandte der britischen Gesellschaft die endgültigen Bedingungen bezüglich der Freilassung Maccleans. Er fordert für sich den Schutz Großbritanniens und Ernennung zum Pascha der Gegend zwischen Tetuan und Larasch und Straflosigkeit.

Auf dem Heimweg zwischen Bärenholz und Kirchen bei Dillenburg wurde der Arbeiter Robert Schmidt von einem Italiener meuchlings niedergeschossen, mit einem Messer vermischt und beraubt. Passanten brachten den schwer Verletzten nach dem Rudersbacher Krankenhaus. Der Attentäter ist entkommen.

Im Manöver stürzte bei Königsberg (Rhd.) ein Geschütz um. Drei Artilleristen des Regiments 59 aus Köln gerieten darunter; einer wurde getötet, ein zweiter an den Beinen verletzt, ein dritter blieb unverletzt.

In der Bauerschen Dampfzähle in Köln brach Großfeuer aus, das sieben Stunden lang währte. Zur Lokalisierung des Brandes mußten die gesamten Kölner Feuerwehren herangezogen werden. Die gesamte Frucht ist verbrannt; die Maschinen sind zerstört. Der Schaden wird auf etwa ¼ Millionen Mark geschätzt.

Aus Soldau meldet die „Soldauer Zeitung“: Als der Zug 760 sich auf den Fahrt von Reidenburg nach Soldau ungefähr bei der Station Schlacken befand, waren vier große Eisenbahnschwellen und mehrere Bretter quer über die Schienen gelegt. Der Lokomotivführer, der das Hindernis noch rechtzeitig bemerkte, vermochte den Zug kurz vor demselben zum Stehen zu bringen, sodaß ein Unglück verhütet wurde. Die Täter, dem Vernehmen nach halbbrüchige Burschen, konnten aber noch nicht ergriffen werden.

Die Ehefrau Hildebrandt in Wandsbeck bei Hamburg schnitt ihrem dreijährigen Töchterchen die Kehle durch, nachdem sie vergeblich versucht hatte, das Kind in der Badewanne zu ertränken. An dem Versuch, sich selbst mit ihrem vierjährigen Knaben von ihrem Balkon herabzustürzen, wurde sie von den Nachbarn gehindert. Die Tat ist in geistiger Unmachtung geschehen.

Im Dorfe Kausel bei Diedenhofen (Els.) war ein angesehener Bürger beerdigt worden. Während nun der Totengräber mit dem Zuschauen des Grabes beschäftigt war, hörte er plötzlich aus der Tiefe ein dumpfes Klopfen. Eilig lief er zum Bürgermeister. Der Sarg wurde im Beisein eines Arztes geöffnet, welcher feststellte, daß der Mann nur scheinbar tot war, im Sarge aber erstickte. Der Mann war ohne die gesetzliche Leichenschau beerdigt worden.

Arbeiterbewegung.

Berlin, 7. Sept. Ein Massenstreik in den Schwefelbergwerken auf Sizilien ist ausgebrochen. Nach einem Privattelegramm eines hiesigen Blattes haben dort sämtliche 40 000 Arbeiter den Ausstand erklärt, nachdem die Grubenbesitzer wegen Abfuhrstockung die Arbeitslöhne reduziert hatten.

Antwerpen, 7. Sept. In der heutigen Versammlung der ausgescherten Kandidaten der Führer Chapelle an, daß der Antwerpener Arbeiterbund 25 000 Francs gegeben habe. Aus der Bürgerschaft liefen ebenfalls zahlreiche Spenden ein. Auch eine Kohlenfirma schenkte 10 000 Alto Steinkohlen. Zwei liberale Arbeiterverbände geben täglich jeder Familie ein Brod pro Kind. Chapelle machte dem Bürgermeister das Anerbieten, die Ausscherten wollten selbst patrouillieren zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Im Hafen erich ein Soldat aus nicht aufgeführten Gründen einen Vorzensführer. — Der Schaden, der durch das Großfeuer im Hafenviertel verursacht wurde, beläuft sich auf 12—15 Millionen Mark.

Aus Württemberg.

Dienstnachrichten. Uebertragen: Dem Professor Rommel an dem Realprogymnasium und der Realschule in Heidenheim die Stelle des Direktors und ersten Hauptlehrers an dieser Anstalt, dem Oberrealschullehrer Bräunlein an der Realschule in Schweningen eine Professorstelle an der Oberrealschule in Ravensburg, dem Oberrealschullehrer Speer an der Realschule in Badensbrunn eine Oberrealschullehrerstelle an der Oberrealschule in Heilbronn, dem Oberrealschullehrer Kopp an der Lateinschule in Spaichingen eine Oberrealschullehrerstelle am Gymnasium in Gtingen und dem Hilfslehrer Dr. Rohmer an der

Friedrich-Eugen-Realschule in Stuttgart eine Oberrealschule an der Realschule in Kirchheim u. T.
In den Ruhestand versetzt: Den Oberrealschule Lehrer S. 29.
Gold an der Oberrealschule in Heilbronn in seinem Ansehen gemäß;
den Oberlehrer Brielmaler in Wasserfallingen, O. K. Katen.

Ober das Ministerium Weizsäcker richteten sich zwei Resolutionen, welche die Junge Volkspartei Ulm in ihrer letzten Versammlung beschlossen hat. Nach einer Besprechung der wichtigsten Vorgänge in Württemberg und im Reich kam die 1. Resolution, der bekannte Erlaß des Verkehrsministers gegen das Beschwerderecht und Vereinnahmung der Beamten, zur ausgiebigen Erörterung, an deren Schluß folgende Resolution angenommen wurde:

„Die heutige Mitgliederversammlung der Jungen Volkspartei erblickt in dem Erlaß des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Verkehrsabteilung, betr. die Ausübung des Beschwerderechts der Beamten und Unterbeamten, eine schwerwiegende Beschränkung der Rechte jedes Beamten bezw. Unterbeamten, sowie eine Unterbindung der Bestrebungen der Beamten- und Unterbeamtenvereinigungen, welche auf die Wahrung der Verbandsinteressen hinabzueilen; sie ersucht den Abgeordneten der Stadt Ulm, aufs nachdrücklichste für strenge Wahrung der Beamtenrechte und für den Schutz der etwaigen Vertreter dieser Rechte gegen Disziplinarverfolgung einzutreten.“

Eine weitere Resolution zu der bevorstehenden Aufhebung der Landesarten fand gleichfalls einstimmige Annahme. Sie lautet:

„Die Versammlung bedauert, daß der gewiß bescheidene Beschluß des württembergischen Landtags, daß die Landesarten wenigstens bis 1. April 1908 beibehalten werden, kurzerhand als schädlich beschieden wurde und sieht darin eine bedauerliche Mißachtung der Wünsche der Volksvertretung.“

Die Königin von Württemberg in Gefahr.

Aus Nürnberg berichten die Münchener Neuesten Nachrichten: Als Samstagabend 7.40 Min. der von der Königin von Württemberg benützte Schnellzugsvorkäufer Nr. 117 a von Crailsheim bei gezogenem Einfahrtssignal in den hiesigen Hauptbahnhof einfuhr, mußte er in Höhe der im Bahnhof befindlichen westlichen Ueberfahrt durch Zwinken eines Bahnbediensteten mit dem roten Signallichte gestoppt werden, weil das für die Zugseinfahrt bestimmte höchste Geleise von einer Rangierlokomotive besetzt war. Der Aufstoß konnte gerade noch mit harter Not vermieden werden. Nach Beseitigung der in der Fahrtrasse stehenden gebliebenen Lokomotive konnte der gefährdete Schnellzug ungehindert einfahren.

Zur Frage der Wiedereinführung der Rückfahrkarten.

Der von einer Handelskammer gestellte Antrag, die „Doppeltarten“, welche an die Stelle der früheren Rückfahrkarten getreten sind, mit einer längeren Gültigkeitsdauer — etwa von 5—6 Tagen — auszustellen, ist von der Mehrzahl der preuß. Eisenbahndirektionen befürwortet worden. Die Doppeltarten haben bekanntlich nur 2 Tage Gültigkeit, und das ist allerdings eine kurz bemessene Frist, wenn es sich um weitere Reisen handelt. Sie sollten aber auch vorwiegend dem Nahverkehr dienen, und zwar lediglich zur Bequemlichkeit des Reisenden, dem bei Lösung einer Doppeltarte ein zweiter Gang zum Schalter (bei der Rückfahrt) erspart wird. Freilich übernimmt der fürorgliche Fahrgast auch ein gewisses Risiko: er kann die zweite Karte verlieren; es ist im Drange der Geschäfte auch vorgekommen, daß Reisende gleich beide Karten bei der Abfahrt haben lassen und sich damit statt des einen ersparten Weges zum Schalter, dann mehrere Wege aufgebüßt haben. Im allgemeinen wird aber von der Doppeltarte ein sehr sparsamer Gebrauch gebraucht, und dies dürfte sich kaum ändern, wenn die Gültigkeitsdauer auf 6 Tage erstreckt werden würde. Uebrigens könnte man für noch weitere Reisen 15 oder 30 Tage Gültigkeitsdauer verlangen, und die Buntschichtigkeit der Tarifbestimmungen, die man durch die Reform beseitigt hat, würde allmählich wiederkehren. Das Ideal bleibt demnach die einfache Fahrkarte, mit der der Reisende die Rückfahrt antreten kann, wann er will. Daß, wie vielfach angenommen wird, die alte Rückfahrkarte (zum andertthalbfachen Preise) wieder eingeführt werden sollte, erscheint ausgeschlossen. Auch in Bayern glaubt man nicht an die Wiedereinführung des Retourbilletts zu ermäßigtem Preise. Der „Bayr. Kurier“ deutet an, daß sich auch der preuß. Eisenbahnminister Breitenbach bei seinem Besuch in München vor einigen Wochen dagegen ausgesprochen habe. Württemberg nimmt in diesen Fahrkartensagen, wie wir hören, eine ähnliche Haltung ein wie Preußen.

Die 4. Wagenklasse wird in der württ. Verkehrszeitung, dem Organ der württ. Verkehrsbeamten des mittleren Dienstes folgendermaßen besprochen: „Wie sieht es in der 4. Klasse aus? Darin fährt alles: Arbeiter, Bauern, Marktweiber, Händler, Geschäftsreisende, Gurdbesitzer, Bankiers, Kaufleute, Beamte, Lehrer, Geistliche, Fabrikanten und viele andere Personen, die man eigentlich in der 2. Klasse suchen würde, und warum sollen sie es nicht tun? Sind es doch dieselben Wagen, wie sie seither 3. Klasse gefahren sind. In der 3. Klasse findet man nur noch ein schwächernes Mädchen, das sich scheut, in solch bunter Gesellschaft zu reisen, aber auch sie wird sich bald nicht mehr genieren, in der 4. Klasse einzufügen, behagt ihr doch das Alleinsein oder die alleintige Gesellschaft eines von der 2. in die 3. Klasse übergegangenen Herrn ebensowenig als ein gefüllter Wagen 4. Klasse. Und was wird der finanzielle Teil dieser 4. Klasse zettigen? Der Leser möge sich ein Bild machen, wenn ihm verraten wird, daß es Stationen genug gibt, auf welchen auf 100 Reisende 4. Klasse 1 Reisender 3. Klasse kommt; daneben kommen in Betracht die nicht unbedeutend höheren Zugbeförderungskosten infolge der vermehrten toten Last. Sodann könnte sich auch die Eisenbahnverwaltung der Notwendigkeit nicht verschließen, die Bezüge ihrer Beamten und Arbeiter, dem Drange der Verhältnisse nachgebend, von neuem einigermaßen aufzubessern; wie schwer wird es sein, wenn das große Defizit, nach Jahresfrist vor Augen steht. Man sollte meinen, die Eisenbahn werde, namentlich da man wieder gute Verkehrsjahre hat, es mindestens soweit bringen müssen, daß Verzinsung und allmähliche Tilgung

des Anlagekapitals von ihr selbst aufgebracht werden kann, daß nicht von neuem Steuerszuschüsse erforderlich würden und der vielgeplagte Eisenbahnbesitzer nicht fernern zu hören hätte, man müsse ihn aus dem Steuerbeutel bezahlen. Eines schied sich nicht für alle. In unserem guten Württemberg war das Verlangen nach einer 4. Wagenklasse verschwindend klein, eine Volksabstimmung hätte sie mit tödlicher Sicherheit verworfen; der Aufbruch der 4. Klasse rührte von verhältnismäßig wenigen Stimmungsmachern her und diese haben es verstanden, solche Personen für sich zu gewinnen, die sich daran etwas zu gut tun in öffentlichen Angelegenheiten dreinzureden; der übrige andere Teil hat sich passiv verhalten. Alles in allem will dieser Schritt, der ein Sinken der Einnahmen bei steigenden Ausgaben zur Folge hat, als ein nicht wieder gutzumachender erscheinen; möge die Zukunft das Ergebnis bringen, daß der Verfasser sich getäuscht hat.“

Der Landesverband der Beamtenvereine größerer württembergischer Gemeinden hielt am Sonntag in Ravensburg seine Jahresversammlung ab. Der Verbandsvorsitzende, Rechnungsrat Rud. Heilbronn, eröffnete mit herzlichem Begrüßungswort die Versammlung, wobei er gleichzeitig dem Bezirksverband und dessen leider erkrankten Vorsitzenden, Polizeikommissär Brühlle, für die tatkräftige Wirksamkeit dankte, ferner für den herzlichen Empfang und die gastliche Aufnahme, und ebenso für die Stadtverwaltung für die Ueberlassung des Konzerthauses. Das Vereinsjahr habe dem Verband manchen Erfolg gebracht, so den Anschluß des Landesverbandes Württemberg an den deutschen Beamtenverein, sowie eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse zwischen dem Verband und dem der Körperschaftsbeamten. Zum Schluß forderte der Redner zu selbstloser Mitarbeit auf. Stützungsverwalter Gögler-Ravensburg hieß alle Anwesenden herzlich willkommen. Stadtvorsteher Reichle begrüßte die Versammlung namens der Stadt schriftlich, da er wegen dienstlicher Verhinderung nicht persönlich erscheinen konnte. Nach Eintritt in die Tagesordnung erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Punkt 2 der T.-O. betraf die an das Ministerium des Innern abgegebene Neuerung zum Entwurf einer Vollzugsverordnung zur Gemeindevorordnung. Das Ministerium hatte der Bitte um Ueberlassung der Verfügung entprochen unter der Bedingung, daß Präzedenzfälle nicht davon geknüpft werden. Der Verbandsausführer machte mancherlei Ausstellungen an dem 429 § umfassenden Entwurf, die insbesondere die Stellung der Ratsschreiber und anderer Beamten, die Beerdigung derselben, die Tagelohnfrage, die Sicherheitsleistung, die Gehaltsfrage usw. betrafen. Auch wurde aus der Mitte der Versammlung die Dürftigkeit und der Mangel an prägnanter Fassung betont, worauf folgende Resolution einstimmig Annahme fand: „Die heutige Landesversammlung sieht einmütig hinter dem Vorstand in Sachen des Entwurfs der Vollzugsverordnung zur Gemeindevorordnung und spricht dabei die Hoffnung aus, es möge der Entwurf eine kurze, präzise und sachliche, insbesondere von allen Kleinigkeiten freie Fassung erhalten.“ Nach der Rechnungsablegung weist die Kasse einen Bestand von 222.21 M. auf. Dem Kassierer, Obermarktschreiber Maurer-Stuttgart, wurde Entlastung erteilt und ihm der Dank der Versammlung ausgesprochen. Der Etat für 1908 wird gut geheißt und der Mitgliederbeitrag auf 5 M. belassen. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete die Gründung einer Sterbekasse. Nach längerer Diskussion wurde die Gründung einer solchen beschlossen, nachdem das Haupthindernis, der § 2 der Statuten, der jedes Mitglied zum Eintritt zwingen wollte, gestrichen war. Die Kasse soll am 1. April 1908 ihre Tätigkeit beginnen. Die Wahlen für den Vorstand der Kasse, welche bis zur nächsten Mitgliederversammlung Gültigkeit haben sollen, hatten folgendes Ergebnis: 1. Vors.: Ratsschreiber Seeger-Stuttgart; Stellvert.: Ratsschreiber Schäfer-Stuttgart; Kassierer: Buchhalter Wagner-Stuttgart. Der Verbandsvorstand, Rechnungsrat Rud. Heilbronn, Oekonomieverwalter Anorpp-Ludwigsburg und Dr. Köpfer-Stuttgart, gehören ebenfalls dem Vorstand an. — Aus der Mitte der Versammlung wurde dann eine Eingabe an die Regierung betr. den Nachschuß der Pensionsbeiträge und des Eintrittsgeldes für Unterbeamte empfohlen. Diese Frage wurde zurückgestellt und soll in Gemeinschaft mit den Körperschaftsbeamten in die Wege geleitet werden. Dann wurden die Wahlen für den Verbandsvorstand vorgenommen, welcher sich wie folgt zusammensetzt: 1. Vors.: Rechnungsrat Rud.; Stellvert.: Ratsschreiber Scheel-Gmünd; Kassierer: Obermarktschreiber Maurer; Schriftführer: Stadtschultheißen-Sekretär Weil-Heilbronn. Zum Ort der nächsten Verbandsversammlung, die im Mai oder im Juni stattfinden soll, wurde Stuttgart gewählt. Mit dem Wunsch, daß die heutigen Verhandlungen dem Verbandsrat zum Besten gereichen mögen, schloß der Vorsitzende die Versammlung. An diese schloß sich ein gemeinschaftliches Mittagessen im Gasthof „Waldhorn“. Nachmittags besuchten die Gäste die vom Landesgewerbeamt Stuttgart veranstaltete, kunstgewerbliche Wanderausstellung. Für Montag ist ein Ausflug an den Bodensee vorgesehen.

Der Jahresbericht der Ulmer Handwerkskammer. Nach dem soeben zur Ausgabe gelangten Jahresbericht der Handwerkskammer Ulm wurden im Jahre 1906 im Kammerbezirk 23926 selbständige Handwerker und 23939 Handwerksbetriebe gezählt. Etwa die Hälfte derselben war in Organisationen vereinigt und zwar gab es 8 Zwangsinnungen mit 486, 35 freie Innungen mit 1215, 22 Handwerker-Fachgenossenschaften und Fachvereine mit 831, 52 gemischte reine Handwerkervereine mit 3727 und 39 Gewerbevereine mit 5640 Mitgliedern. Angemeldete Lehrlinge waren es 4987, auf 5 Betriebe kommt sonach ein Lehrling. Was die allgemeinen Wahrnehmungen bei der Abnahme der Gesellenprüfungen betrifft, so kann auch heuer wieder mit Befriedigung konstatiert werden, daß die Prüfungen einen sehr wohlthätigen und erzieherischen Einfluß auf das Handwerk ausüben. Es ist die Wahrnehmung zu machen, daß sowohl die Lehrlinge darnach streben, möglichst gutes zu leisten, als auch, daß die Meister einen gewissen Stolz in einem gut ausgebildeten Lehrling bei der Prüfung erblicken und deshalb zu weit größerem Teile, als dies früher der Fall war, auf eine tüchtige, solide Ausbildung ihres Lehrlings etwas halten.

Als erfreulich bezeichnet es der Bericht, daß 97, 65 Proz. aller Lehrlinge die Prüfung, die 9159 M. Kosten verursachte, abgelegt haben. An den Meisterprüfungen haben sich 143 Prüflinge beteiligt, 121 haben bestanden. Der Bericht führt die Namen von 534 Handwerkern auf, die bis zum Schluß des Jahres 1906 das Recht zur Führung des Meistertitels erworben haben. An 68 Gesellen mit mindestens 25 Jahren Dienstzeit im gleichen Betriebe wurden Ehrenurkunden verliehen. Ueber die allgemeine wirtschaftliche Lage des Handwerks im Kammerbezirk äußert sich der Jahresbericht in der Hauptsache folgendermaßen: Die allgemeine Geschäftslage war im Jahre 1906 eine befriedigende. Ganz besonders trugen hierzu bei „gute Ernten und lohnende Verkaufspreise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, welche die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung, auf die der Kammerbezirk hauptsächlich angewiesen ist, erhöhten und manchen Landwirt auch zur Betriebsverbesserungen veranlaßten. Nur das Metzgergewerbe klagte durchweg über eine schlechte Geschäftslage, welche auf die enorm hohen Viehpreise, die einen Gewinnzuschlag nicht mehr vertragen konnten, zurückgeführt wird. Während der Geschäftsgang in der Industrie in diesem Jahre ein durchweg guter zu nennen war, wodurch fast alle Berufskreise des Handwerks voll beschäftigt waren, trat einem Materialienpreise, der Lebensmittel, der Mieten, sowie aller Verbrauchsgegenstände wieder hemmend in den Weg, wodurch trotz des vielen Geschäfts der Nutzen vielfach bescheidener war als in den Vorjahren. Auch die Klage, daß trotz der Lohnsteigerungen ganz besonders an kleinen Plätzen tüchtige Arbeitskräfte nicht zu bekommen sind, wurde vielfach vorgebracht. Sehr beeinträchtigt wurde im letzten Jahre das Handwerk, ganz besonders aber das Baugewerbe, durch die vielen Lohnbewegungen, ArbeitsEinstellungen und sonstigen Forderungen der Arbeiterschaft, welche vielfach nicht wirtschaftlichen Bedürfnissen, sondern Machtgelüsten entspringen. Die meisten derartigen Bewegungen endigten mit dem Abschluß eines Tarifvertrags, nur der Maurer- und Zimmererzweig in Ulm ging nach 14wöchiger Dauer mit einer Niederlage der Arbeiterschaft zu Ende.

Stuttgart, 7. Sept. Im Alter von 78 Jahren ist in Degerloch Geh. Rat a. D. Graf August v. Urfull-Gyllenband, K. Kammerherr, früherer Ministerialdirektor beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, zuletzt Direktor des K. Hans- und Staatsarchivs, Ritterschaftl. Abgeordneter für den Neckarreis 1870—76, gestorben.

Stuttgart, 8. Sept. Der König hat der 9. Kompagnie des Infanterieregiments König Wilhelm Nr. 124 (Hauptm. Salzmann), der 5. Kompagnie des Infanterieregiments v. Brandenstein) und der 6. Batterie des 3. Feldartillerieregiments Nr. 49 (Hauptm. Nord) in Anerkennung der von denselben in diesem Jahr erreichten Gesamtleistungen im Schießen das Königsabzeichen verliehen.

Gmünd, 8. September. Die Herbstversammlung des Schwäbischen Abvereins wird hier am 24. Oktober abgehalten.

Gorb, 6. Sept. Als Bewerber um die erledigte Schultheißenstelle in Dirlingen ist, wie man hört, der Landtagsabg. Kessler von hier aufgetreten, sowie der Stadtpolizeiamtassistent Eberhardt in Reutlingen; beide sind geborene Dirlinger. Die Wahl erfolgt am 18. ds. Mts. Das Einkommen dieser Stelle wird auf etwa 2000 M. pro Jahr angegeben.

Ein Unbekannter hat in Ludwigsburg den 60jährigen Schlossgartenportier Georg Dambach niedergeschossen. Der Schuß drang in die Magengegend ein. Dambach äußerte stöhnend: „Der Maier hat mich geschossen.“ Eine Anzahl Personen dieses Namens wurden gefesselt, doch verhaftet, mußten aber wieder freigelassen werden, da sie ihr Alibi nachweisen konnten. Der Täter scheint entkommen zu sein.

Gerichtssaal.

Karlsruhe, 7. Sept. Durch eine Verfügung des Justizministeriums soll allen am Prozeß Han beteiligten und beteiligt gewesen Beamten jede fernere Stellungnahme in der Presse untersagt worden sein. Da Rechtsanwalt Dr. Diez in seiner neuesten Erklärung ebenfalls gefunden hat, daß die Erörterung seiner Beweisurteile nur vor den Gerichten erspriechlich sei, dürfen die Zeitungsleser endlich hoffen, vor Han Ruhe zu bekommen. — Das wäre wirklich wünschenswert!

Leipzig, 9. Sept. Die Verhandlung der Revision des wegen Mords verurteilten Rechtsanwalts Han findet am 12. Oktober vor dem 3. Senat des Reichsgerichts statt. — Die Revisionsverhandlung ist also vom 26. September auf den 12. Oktober verschoben.

Landau (Pfalz), 5. September. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den Rauerer Johannes Kloor von Insheim, der die Innungskrankenkasse für das Baugewerbe in Pforsheim um 45 Mark Krankengeld schädigte, als ohne erwerbsunfähig krank zu sein, zu drei Wochen Gefängnis. Kloor schwindelte einem hiesigen Arzte vor, er sei magenleidend, worauf er von diesem für arbeitsunfähig erklärt und ihm ein Krankenschein für die Dauer von 3 Wochen ausgestellt wurde, auf den hin Kloor, der ungenügend sein Maurerhandwerk während der angeblichen Krankheitsdauer ausübte, die 45 Mark erhielt. Der Verurteilte war früher in Pforsheim in Arbeit.

Wien, 8. Sept. Im Ruthenen-Prozeß hat nunmehr die Wiener Strafkammer das Urteil gefällt: 7 Angeklagte wurden wegen öffentlicher Gewaltthatigkeiten zu 1 Monat Kerker, 1 wegen Aufreizung zu 1 Woche Haft verurteilt, 2 wurden freigesprochen.

Handel und Volkswirtschaft.

Biberach, 6. Sept. Das Hotel „goldenen Löwen“ wurde heute um 150 000 M. von der Branerei-Königsf. Magdeburg erworben.

Waldingen, 8. Sept. Das der Stadtgemeinde gehörige, in weiteren Kreisen, namentlich der Touristenwelt, bekannte Hotel Ueberberg (Waldenhausen) ging bei der heutigen Verpachtung an den Landwirt und früheren Metzger Frh. Fröh von hier über.

